Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
BOB	S0212/19	29.04.2019

zum/zur

F0122/19 – SR Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei

Bezeichnung

Benachteiligung kleiner Fraktionen

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	08.05.2019

In der Stadtratssitzung am 15.04.2019 wurde von SR Roland Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, folgende Anfrage gestellt:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
während unserer Arbeit stellen wir immer mehr fest, dass unsere Fraktionen mit ihren drei Fraktionsmitgliedern, gegenüber anderen, größeren Fraktionen benachteiligt wird.
So erhalten wir Stadträte nicht alle in den Ausschüssen behandelten Drucksachen zugeleitet, müssen diese in mühseliger Kleinstarbeit im Ratsinformationssystem heraussuchen, erhalten keine Baupläne, sind in Fachausschüssen oder Aufsichtsräten nicht vertreten, werden zu Sitzungen zur Bewerbung zur Kulturhauptstadt nicht eingeladen etc. Aus dieser Vorgehensweise resultieren zweifellos Informationslücken, die eine Gleichstellung der Stadträte nicht gewährleisten kann.
Dazu möchte ich gerne von Ihnen wissen:

1. Zur Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg zur europäischen Kulturhauptstadt 2025 fanden Sitzungen mit anderen Fraktionen statt. Bitte listen Sie auf, welche Sitzungen stattfanden, wo diese stattfanden und erläutern sie, warum unsere Fraktion zu keiner dieser Sitzungen eine Einladung erhalten hat und auch später nicht über die Inhalte der Veranstaltungen informiert wurde. Bitte stellen sie unserer Fraktion, die Protokolle sämtlicher Sitzungen und Tagungen zur Verfügung, zu der unsere Fraktion nicht eingeladen war.
2. Aus welchem Grund erhält unsere Fraktion grundsätzlich keine Einladung zu Ausschusssitzungen, auf denen Anträge unserer Fraktion behandelt werden? Ist es denkbar, die Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg für diese Fälle zu ändern?
3. Warum wird unsere Fraktion bei Delegationen nicht berücksichtigt? Welche Fraktion war während der vergangenen und laufenden Legislaturperiode wann, wohin und aus welchem Anlass delegiert (Deutscher Städtetag, Harbin etc.)? Wird absichtlich kein anderes System, als der Abstimmung im Stadtrat, zur Delegiertenwahl gewählt?
4. Wie sehen sie die Bewerkstelligung der Gleichstellung der Fraktionen derzeit gewährleistet?
5. Aus welchem Grund antworteten z.B. Beigeordnete auf Sitzungen des Stadtrates nicht auf sich aus der Diskussion ergebene Fragen?
6. Warum erhalten Stadträte unserer Fraktion keine Auskunft auf ihre Fragen von Mitarbeitern der Verwaltung, z.B. bei der Akteneinsicht im Baudezernat?
7. Wie soll zukünftig gewährleistet sein, dass alle Stadträte, egal ob fraktionslos, Mitglied in einer kleinen oder einer großen Fraktion, die gleichen Informationen zu sämtlichen Belangen der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Eigenbetriebe, zur Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat zur Verfügung gestellt bekommen?

Zu dieser Anfrage nimmt die Verwaltung folgendermaßen Stellung:
Zu 1.
Aus der Frage ist nicht erkennbar, welche Sitzungen welcher Gremien konkret gemeint sind. Sie kann somit nicht beantwortet werden.
Zu 2.
Im § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates ist geregelt, dass, „ Mitglieder des Stadtrates, die dem Ausschuss nicht angehören, aber einen Antrag gestellt haben, über den in der Ausschusssitzung beraten oder beschlossen wird, erhalten durch den Sitzungsdienst fristgerecht eine Einladung zu dieser Sitzung. Zur Einbringung dieses Antrages soll den Stadträten, die nicht dem Ausschuss angehören, das Rederecht erteilt werden.“
Es ist kein konkreter Fall bekannt, bei dem diese Festlegung durch die Verwaltung nicht eingehalten wurde.
Zu 3.
Das Verfahren bezüglich der Teilnahme von Stadtrats- und Verwaltungsmitgliedern an Reisedelegationen hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 13.10.2011 mit der Drucksache DS0304/11 beschlossen.
Beschlussfassungen des Stadtrates erfolgen gemäß § 56 KVG LSA durch Abstimmungen oder Wahlen. Ein anderes „System“ ist gesetzlich nicht vorgesehen.
Zu 4.
Seitens der Verwaltung werden alle Fraktionen gleichbehandelt.
Zu 5.
Diese Frage sollte bei Bedarf jedem Beigeordneten in den Stadtratssitzungen gestellt werden.
Zu 6.
Es ist kein Fall bekannt, in dem Mitglieder der Fraktion Magdeburger Gartenpartei keine Auskunft seitens der Verwaltung erhalten haben.
Zu 7.
Aus Sicht der Verwaltung gibt es keinen Handlungsbedarf. (s. Antwort zu Frage 4)

Dr. Trümper